

## **Inhaltsprotokoll**

## Öffentliche Sitzung

### **Ausschuss für Bauen, Wohnen und Verkehr**

53. Sitzung  
7. Januar 2015

Beginn: 14.06 Uhr  
Schluss: 16.55 Uhr  
Vorsitz: Andreas Otto (GRÜNE)

#### Punkt 1 der Tagesordnung

##### **Aktuelle Viertelstunde**

**Katrin Lompscher** (LINKE) fragt, wie der Senat Mieterinnen und Mieter in Seniorenwohnhäusern, die vom Bezirk oder vom Land errichtet worden seien bzw. sich im Eigentum städtischer Wohnungsunternehmen befunden hätten, nach dem Verkauf der Häuser an Private zu unterstützen gedenke und ob der Senat auch den Rückkauf von Seniorenwohnhäusern durch die städtischen Wohnungsunternehmen plane.

**Senator Andreas Geisel** (SenStadtUm) antwortet, für die im sozialen Wohnungsbau errichteten Seniorenwohnhäuser gälten Mietobergrenzen von 6 Euro/m<sup>2</sup> in guten und 5,75 Euro/m<sup>2</sup> in mittleren und einfachen Wohnlagen, die die Senioren vor möglicher Verdrängung schützen sollten und in Höhe der durch die Modernisierung erzielten Betriebskosteneinsparung überschritten werden dürften. Freifinanzierte oder privat bewirtschaftete Objekte unterlägen solchen Mietobergrenzen nicht. Beim Hansafer 5 seien die Förderdarlehen vorzeitig zurückgezahlt worden, sodass die Mietbindung nicht mehr existiere. Der Senat plane nicht, Seniorenwohnhäuser gesondert durch städtische Wohnungsunternehmen zurückkaufen zu lassen, und verfolge das Ziel, dass die Wohnungsbaugesellschaften für breite Schichten der Bevölkerung ausreichenden und bezahlbaren Wohnraum zur Verfügung stellten. Die kommunalen Bestände sollten durch Kauf und Neubau auf über 300 000 Wohnungen aufgestockt werden.

**Katrin Lompscher** (LINKE) spricht an, dass es um über 20 Objekte gehe, die sich teilweise noch im bezirklichen oder öffentlichen Besitz befänden. Gedenke der Senat, die Bezirke beim Aufholen des Instandsetzungsstaus bei solchen Objekten finanziell zu unterstützen?

**Senator Andreas Geisel** (SenStadtUm) betont, gesonderte Pläne des Senats existierten nicht. Sollten Bezirke solchen Aufgaben mit ihren Globalsummenhaushalten nicht nachkommen können, müssten sie dies explizit formulieren. Dann würde es Gespräche mit SenFin geben.

**Stefan Gelbhaar** (GRÜNE) fragt, ob der Senat den BVG-Vorschlag zur Verlängerung der U 1 zum Ostkreuz unterstütze.

**Senator Andreas Geisel** (SenStadtUm) bekundet Sympathie. Die Verkehrsführung wäre sinnvoll, eine Trasse erst noch festzulegen. Gegenwärtig liefen Abstimmungen zwischen Bahn und BVG. Konkrete Daten, Verkehrsprognosen oder Pläne lägen noch nicht vor. Nach Auffassung aller Beteiligten stehe das Projekt nicht in Konkurrenz zu bereits geplanten ÖPNV-Bauvorhaben.

**Stefan Gelbhaar** (GRÜNE) greift auf, dass der Finanzsenator offenbar schon finanzielle Konkurrenz zu anderen Verkehrsprojekten erahne. Die Verlängerung der U 1 sei im StEP Verkehr nicht enthalten. Rede man über eine Zukunftsperspektive von 20 Jahren, oder wie sei die fehlende Konkurrenz sonst zu erklären?

**Senator Andreas Geisel** (SenStadtUm) erwidert, der Finanzsenator habe sich v. a. zum BVG-Fuhrpark geäußert, der dringend erneuert werden müsse, nicht zu künftigen U-Bahnlinien. Eine Prioritätenabstimmung existiere noch nicht. Da konkrete Daten fehlten und die Prüfungen nicht abgeschlossen seien, sei die Maßnahme nicht im StEP Verkehr enthalten, eine Jahreszahl könne er nicht nennen. Die wachsende Stadt ziehe auch einen ÖPNV-Ausbau im weiteren Zeithorizont nach sich. Die Verlängerung der U 1 sei eine dieser Optionen.

**Katrin Vogel** (CDU) fragt, ob Medienberichte zuträfen, dass Teilgebiete des Müggelsees vollständig für Wassersportler gesperrt werden sollten, wie dieses Vorgehen ggf. begründet werde und welche Alternativen der Senat sehe.

**Senator Andreas Geisel** (SenStadtUm) erklärt, dass die Medienberichte – bezogen auf die Absichten des Senats – nicht zuträfen. Im Rahmen der Umsetzung der EU-Wasserrahmenrichtlinie in geltendes Recht habe es Planungsüberlegungen und Workshops zu naturschutzfachlichen Aspekten gegeben. Nicht jede Äußerung und jeder Arbeitsschritt in den Workshops sei mit dem Ergebnis gleichzusetzen. Der Senat wisse um die touristische und sportpolitische Bedeutung des Müggelsees. Die verschiedenen Interessen müssten abgewogen werden. Sportarten wie Rudern, Paddeln, Surfen und Segeln zögen wenig Wellenschlag und Schadstoffeintrag nach sich. Die veröffentlichte Karte mit Sperrgebieten entspreche nicht dem Ergebnis der Workshops. Das Konzept werde Ende März 2015 fertiggestellt und dann in einem weiteren Workshop mit allen Beteiligten erörtert.

**Ole Kreins** (SPD) fragt, welche verkehrspolitischen Maßnahmen der verabschiedete Lärmaktionsplan vorsehe.

**Senator Andreas Geisel** (SenStadtUm) berichtet, der Senat habe die Fortschreibung 2013-2018 gestern beschlossen. Die bisherigen Lärmschutzmaßnahmen seien recht erfolgreich gewesen. 2008 seien etwa 340 000 Menschen von gesundheitsschädlichem Lärm oberhalb 55 dB betroffen gewesen, die Anzahl habe sich um 40 000 reduziert. Der neue Lärmaktionsplan sehe vor, bis 2025 weitere 100 000 Menschen zu entlasten. Vorgesehen seien Fahrbahn-

sanierungen, Einführung von Flüsterasphalt, Verminderung von Gleislärm, Maßnahmen bei Radverkehrsanlagen, straßenräumliche Maßnahmen, z. B. Umbau überbreiter Fahrbahnen, Anlage von Radstreifen. Es handele sich um eine Vielzahl kleinerer Maßnahmen, die ineinander griffen. Geschwindigkeitskonzepte seien bereits in der Vergangenheit umgesetzt worden. Eine Ausweitung der Tempo-30-Zonen über 70 Prozent hinaus sei generell nicht vorgesehen.

**Wolfram Prieß** (PIRATEN) fragt nach, ob der Lärmaktionsplan auch Maßnahmen zur Lösung des Fluglärmproblems vorsehe.

**Senator Andreas Geisel** (SenStadtUm) erinnert an die Schließung des Flughafens Tempelhof. Der neue Lärmaktionsplan sehe die Schließung des Flughafens Tegel vor.

**Wolfram Prieß** (PIRATEN) erkundigt sich nach kurz- bis mittelfristigen Maßnahmen.

**Senator Andreas Geisel** (SenStadtUm) geht davon aus, dass der BER voraussichtlich 2017 eröffnet werde, sodass die Schließung des Flughafens Tegel innerhalb des Geltungszeitraums des Lärmaktionsplans erfolgen werde.

Die Aktuelle Viertelstunde ist beendet.

#### Punkt 2 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs  
**Fertigstellungsplan und Baufortschritt am BER**  
(auf Antrag aller Fraktionen)

[0219](#)  
BauVerk

verbunden mit

#### Punkt 3 der Tagesordnung

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen  
Drucksache 17/1848  
**BER-Fahrplan**

[0199](#)  
BauVerk  
Haupt

verbunden mit

#### Punkt 4 der Tagesordnung

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen  
Drucksache 17/1686  
**BER endlich unter Kontrolle bringen**

[0184](#)  
BauVerk  
Haupt

Siehe Wortprotokoll.

Punkt 5 der Tagesordnung

**Verschiedenes**

Siehe Beschlussprotokoll.